

# AfD-Thesen-Programm

von Wolfgang Gedeon

16. Juni 2015

## Vorbemerkung

Die vorliegenden Thesen stellen das Grundgerüst eines AfD-Programms dar. Damit verfolge ich folgende Ziele:

1. Es gibt Leute, die meinen, die Programmdiskussion habe im Wesentlichen in diversen Fachausschüssen stattzufinden. Diese Abtrennung von der übrigen Partei führt dazu, dass die meisten Mitglieder erst am Ende des Prozesses ins Programmgeschehen eingreifen können und dann auch nicht mehr grundsätzlich. Sie können nur noch zwischen den *vorgegebenen* Alternativen entscheiden oder das Ergebnis völlig verwerfen. In letzterem Fall stehen sie weiter ohne Programm da. Von daher macht ein Richtlinienentscheid über Prinzipien eines Programms durchaus Sinn - aber nicht in juristischer und vollendete Tatsachen schaffender Weise à la Lucke und Geiger, sondern durch frühzeitige und systematische Einbeziehung der gesamten Partei in die Programmdiskussion!
2. Wir sollten weiterhin bedenken, dass die Fachausschüsse gemäß Statut nicht den Parteitag unterstehen, sondern den entsprechenden Vorständen. So entscheidet letztlich der Bundesvorstand, was der Partei auf dem Programmparteitag vorgelegt wird und was nicht. Angesichts der derzeitigen Vorstandsprobleme in der AfD empfiehlt es sich daher, die Arbeit der Fachausschüsse durch eine vorstandsunabhängige Programminitiative „von unten“ zu ergänzen und eine Programmvorlage zu erarbeiten, die bei offensichtlicher Unzulänglichkeit des vom Bundesvorstand eingebrachten Entwurfs vom Parteitag dann als positive Alternative angenommen und verabschiedet werden kann.
3. Es ist notwendig, Thesen nicht allgemein, sondern ganz konkret zu formulieren. Oft werden erst dann die spezifischen Meinungsunterschiede zu einem bestimmten Thema wirklich deutlich.

Voraussichtlich kandidiere ich auf dem Essener Parteitag für den Bundesvorstand. Die vorliegenden Thesen sind meine politische Visitenkarte.

## Programmatische Thesen

1. Die AfD versteht sich nicht als zusätzliche Bereicherung des Berliner Parteienspektrums, sondern als grundsätzliche Alternative zu selbigem.
2. Wir vernebeln nicht unsere Ziele und reden auch nicht um den heißen Brei herum, sondern formulieren klar und deutlich, was wir wollen und was nicht. Damit sprechen wir schon heute 30 % der Wahlbevölkerung in Deutschland an, langfristig sicherlich 70 %.
3. Die AfD ist eine Partei der Mitte. Das bedeutet, dass sie in der Mitte der Gesellschaft ihre Wurzeln hat. Das bedeutet aber nicht, dass sie nur wohlklingende Allgemeinplätze von sich gibt, die jeder unterschreiben kann. Wenn das Boot nach links kippt, setzt man sich nicht in die Mitte, sondern auf die rechte Seite!
4. Die deutsche Politik ist nach links gekippt: Von Gysi bis Merkel: DDR-Kader an der Spitze, und von den C-Parteien nur windige Appeasement-Politik! Man ist sich nicht einmal mehr darüber einig, ob die DDR ein „Unrechtsstaat“ war!
5. Rot-Rot-Grün bedeutet eine Groß-DDR mit grünem Anstrich. Im Bundestag schon die Mehrheit, stellt diese Konstellation die neue und aktuellste totalitäre Bedrohung in Deutschland dar. Wer das verhindern will, dessen Politik muss notwendig rechtsbetont sein. Dennoch gibt es in verschiedenen Bereichen, z. B. in der USA-Russland- und auch der internationalen Finanzpolitik, gemeinsame Schnittmengen mit den Linken.

### *Außenpolitik*

6. Hauptziel unserer Außenpolitik ist es, die Souveränität Deutschlands zu bewahren bzw. wieder zu erlangen.
7. Schon ein Blick auf die Landkarte zeigt: Russland gehört zu Europa, die USA aber nicht. Eine intensive wirtschaftliche, kulturelle und politische, bis hin zu militärischen Sicherheitsabkommen gehende Kooperation mit Russland liegt in unserem ureigenen nationalen Interesse. Wir lassen es nicht zu, dass diese Kooperation durch andere Mächte beeinträchtigt oder sabotiert wird.
8. Insbesondere lehnen wir die derzeitige Sanktionspolitik gegen Russland ab und fordern statt TTIP und TiSA eine eurasische Freihandelszone von Lissabon bis Wladiwostok. Sie wäre für Europa wie auch für Russland von hohem gegenseitigen Nutzen.
9. Die USA sind die nach 1989 einzig verbliebene globale Supermacht. Auch hier liegt es in unserem nationalen Interesse, mit diesem Welthegemon harmonisch zu kooperieren. Darüber hinaus resultieren aus der Zeit des Kalten Krieges besondere Beziehungen und nicht zuletzt auch private Verbindungen zu den USA, die wir weiter pflegen und fördern wollen.
10. Wir sind aber nicht mehr bereit, den von der US-Politik in den letzten 25 Jahren weltweit praktizierten außenpolitischen Interventionskurs mitzumachen, nicht in Asien und Afrika und schon gar nicht in Europa (Serbien, Ukraine, Mazedonien usw.). Vielmehr ist Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten eine entscheidende Richtlinie unserer Außenpolitik.
11. An der NATO-Mitgliedschaft Deutschlands halten wir fest, solange hierfür keine bessere Alternative besteht. Diese Entscheidung ist im Gegensatz zur Amerika-gläubigen und US-hörigen Politik der meisten etablierten Parteien pragmatisch und

dementsprechend nicht alternativlos. Angesichts der 1989 stattgefundenen globalen Umwälzung und der seither bedenklichen humanitär-moralischen Entwicklung der Supermacht USA (völkerrechtswidrige Aggressionskriege mit verheerenden Folgen, Destabilisierung von Staaten durch sog. „Farbrevolutionen“, weltweite NSA-Überwachung, Guantanamo und Foltergefängnisse in Osteuropa, Drohnen-Killing usw.) behalten wir uns andere Bündniskonstellationen vor, wenn unsere nationalen Interessen dies erfordern.

12. Schon jetzt betrachten wir das Verhältnis zur NATO nicht mehr so exklusiv, wie dies noch im Kalten Krieg notwendig war, und schließen militärische Kooperations- und Sicherheitsabkommen auch mit Nicht-NATO-Staaten, z. B. den BRICS-Staaten, nicht aus.

### *Europapolitik*

13. Obwohl sich die Verhältnisse in der Europäischen Union seit Maastricht sehr schlecht entwickelt haben, versuchen wir weiterhin, deren Politik zu verbessern und zu reformieren. Dabei geht es uns nicht primär um Subsidiarität, sondern um *Souveränität*. Die nationalen Parlamente in Europa, bei uns der Bundestag, sind und bleiben Träger der originären = ursprünglichen Souveränität. Die europäischen Institutionen dagegen inklusive des Europäischen Parlaments haben nur eine derivative, d.h. abgeleitete Souveränität - eine Souveränität, die ihnen *reversibel* von den nationalen Parlamenten übertragen und jederzeit wieder entzogen werden kann.
14. Das völkerrechtliche Grundmodell einer EU in diesem Sinn kann nur *intergouvernemental* und nicht supranationalistisch sein, d.h. die teilnehmenden Staaten behalten ihre volle Souveränität. Ein europäisches Parlament muss dann nicht eigens gewählt werden. Es besteht aus Delegierten der nationalen Parlamente und hat im Wesentlichen meinungsbildende und beratende Funktion innerhalb der EU.
15. Mit politischer Macht ausgestattet ist auf europäischer Ebene nur der Europäische Rat, das Gremium der Regierungschefs, mit den ihm untergeordneten Europäischen Ministerräten. Er kann – in wichtigen Fragen nur einstimmig – politische Entscheidungen für ganz Europa treffen, sofern die nationalen Parlamente ihre Regierungsvertreter hierzu ermächtigt haben. Eine *Kommission* im jetzigen Sinn, die als Keim einer supranationalen europäischen Regierung anzusehen ist, gibt es dann nicht mehr. Deren Aufgabenbereich geht auf eine Kommission von *Staatssekretären* über, die gegenüber ihren jeweiligen Regierungschefs *weisungsgebunden* agieren. Wir wollen also eine Rückkehr der EU nicht zu Maastricht, sondern zur Zeit *vor* Maastricht!
16. Sollte die EU weiterhin die nationalen Interessen der Bundesrepublik Deutschland unterminieren (z. B. in der Zuwanderungspolitik), an ihrem supranationalistischen Kurs festhalten und sich in diesem Sinn als nicht mehr reformfähig erweisen, werden wir von der Möglichkeit des Austritts aus der EU (Art. 50 der EU Verträge) Gebrauch machen und eine neue EU-Organisation gründen.
17. Mehr noch als die wirtschaftliche Situation ist hierbei der sicherheitspolitische Aspekt entscheidend, nicht zuletzt die Unabhängigkeit der europäischen Staaten von

außereuropäischen Mächten, insbesondere den USA. Heute ist die Politik der EU weitgehend amerikanischen NATO-Interessen unterworfen, weshalb z. B. die Griechen wider jede wirtschaftliche Vernunft im Euro gehalten werden (NATO-Südflanke!). Auch die Aufnahme der Türkei in die EU ist keine europäische, sondern eine amerikanische NATO-Forderung: Der für die NATO-Strategie im Nahen Osten wichtige Partner soll wirtschaftlich und gesellschaftlich in den Westen eingebunden werden, ob das nun den Europäern passt oder nicht!

18. Schließlich dient das gesamte Projekt der EU-Osterweiterung mit all seinen verlockenden, aber für die Europäer teuren Angeboten (innereuropäische Freizügigkeit: „ab nach Berlin!“), vor allem dem geostrategischen Ziel der USA, Staaten wie Bulgarien, Rumänien und Ukraine der russischen Einfluss-Sphäre zu entziehen und in die eigene einzubinden.

### *Wirtschaft und Soziales*

19. Die sog. vier großen „Freiheiten“ (freier Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Menschen = „Humankapital“) sind nicht Ausdruck höchst entwickelter Demokratie, sondern dogmatisierte Prinzipien einer wirtschaftsliberalistischen Ideologie. Wir lehnen diese Prinzipien nicht generell ab, handhaben sie aber nicht ideologisch, sondern pragmatisch. Das heißt: Wenn wir feststellen, dass die totale Freizügigkeit von Menschen in Europa mehr Schaden als Nutzen verursacht (organisierte Kriminalität, Bandendiebstahl, Sozialmissbrauch, Drogen- und Menschenhandel), behalten wir uns vor, sie jederzeit im notwendigen Maß auch wieder einzuschränken.
20. Das heißt: Wir ideologisieren den Freihandel nicht und betrachten ihn nicht als Wert als solchen, sondern streben eine Wirtschaftspolitik an, die die Balance zwischen Freihandel und Protektionismus sucht und davon ausgeht, so den Interessen der eigenen Volkswirtschaft am besten gerecht zu werden.
21. Soziale Gerechtigkeit ist für uns ein hoher Wert. Wir verstehen darunter allerdings nicht nur eine *Verteilungsgerechtigkeit*, sondern in gleicher Weise auch eine *Leistungsgerechtigkeit*. Die sozialistische Zeitgeistformel „arm = gut, reich = böse“, die inzwischen durch verschiedene Kirchen auch theologisch eingepackt daherkommt, lehnen wir ab. Reichtum ist weder gut noch schlecht. Es kommt darauf an, wie er zustande gekommen ist und was man aus ihm macht. Ähnliches gilt für die Armut. Soziale Marktwirtschaft, wie *wir* sie uns vorstellen, bedeutet einen harmonischen Ausgleich zwischen Leistungs- und Verteilungsgerechtigkeit.
22. Dass heute weltweit die Schere zwischen Arm und Reich in dramatischer Weise auseinandergeht, liegt im Wesentlichen am Börsensystem, von vielen zu Recht als „Kasinokapitalismus“ gebrandmarkt. Dieser generiert durch Devisenspekulation laufend Geld, ohne dadurch irgendwelche Realwerte zu schaffen (rein virtuelles Geld). Zum anderen dient hier die Finanzwirtschaft nicht der Realwirtschaft, sondern dominiert diese vollständig.
23. Im Gegensatz dazu wollen wir eine *Soziale Marktwirtschaft*, was für uns bedeutet:
- Dominanz der Realwirtschaft über die Finanzwirtschaft (Einschränkung ggfs. durch politische Intervention, zum Beispiel weltweite, nicht regionale Finanztransaktionssteuer)
  - innerhalb der Realwirtschaft eine ausgewogene Balance zwischen mittelständischer und Großindustrie;

- einen politischen Ausgleich wirtschaftlich generierter Armut durch staatliche Sozialtransfers.

### *Familienpolitik, Gender, Homosexualität*

24. Bei Gender-Mainstreaming handelt es sich um einen hyperindividualistisch-assoziellen Emanzipationsexzess, der die Axt an die Wurzeln unserer Zivilisation legt. Wir lehnen diese zum Teil schon wahnhaftige Ideologie entschieden ab und investieren stattdessen geistig und materiell in die Familien- und Kinderpolitik. Nach wie vor erscheint uns die klassische Familie - ein hohes und sicher nicht leicht zu verwirklichendes Ideal – als der beste Rahmen für die Entwicklung unserer Kinder. Staatlich-kollektive und professionalisierte Einrichtungen zur Kinderbetreuung müssen in *ergänzender* und *aushelfender* Funktion vorgehalten werden. Als Regelfall aber führen sie zu einer kollektivistischen Gesellschaftsentwicklung.
25. Abtreibung gilt uns nicht als Menschenrecht, sondern als medizinische Maßnahme in einer Notsituation. Als quasi erweiterte Konzeptionsverhütung, wie das die horrend hohen Abtreibungszahlen bei uns vermuten lassen, lehnen wir sie ab und betrachten sie als Verstoß gegen das Menschenrecht auf Leben.
26. Wir lehnen Frauenquoten, die implizit immer eine geschlechtsbedingte Benachteiligung von Männern darstellen, als grundgesetzwidrig und inhuman ab.
27. Wir tolerieren Homosexualität, propagieren sie aber nicht, vor allem nicht gegenüber jungen Menschen (in Schulen etc.). Den Begriff *Homophobie*, durch den Homosexualität als normale Sexualität und die Ablehnung von Homosexualität als psychopathologische Störung gesehen wird, betrachten wir als gezielte Diskriminierung von Menschen mit normaler Sexualität.
28. Die Diskussion um Schwulen-Ehen, womöglich noch mit Adoptionsrecht, betrachten wir als Ausdruck höchstgradiger geistiger Verwirrung der westlichen Gesellschaften.

### *Zuwanderung*

29. Millionen Menschen aus den von den USA destabilisierten Staaten des Nahen Ostens sowie halb Afrika drängen nach Europa. Die Antwort der Etablierten: immer mehr Flüchtlinge aufnehmen, noch mehr Geld in die Flüchtlingshilfe stecken und den Transport (Bundesmarine) verbessern und ausbauen - ein rot-grünes, von Brüssel aus gesteuertes Untergangsmodell für Europa!
30. Wichtigstes Ziel *unserer* Zuwanderungspolitik ist es, den deutsch-europäischen Charakter Deutschlands zu bewahren bzw. wieder herzustellen. Wir möchten nicht, dass Deutschland und die Deutschen ihre Identität, die im Wesentlichen eine kulturelle ist, aufgeben müssen, und wir möchten nicht, dass die Deutschen zu einer Minderheit im eigenen Land werden.
31. Deshalb wollen wir Zuwanderung steuern; quantitativ und qualitativ! Quantitativ durch plebiszitär festzulegende Quoten, qualitativ durch eindeutige Aufnahmekriterien: angefangen bei medizinischen Befunden, durch deren Erhebung die Einschleppung schwerer Krankheiten wie AIDS, Ebola, Hepatitis usw. verhindert

werden muss, bis hin zu „kultureller Kompatibilität“, was vor allem die muslimische Zuwanderung betrifft.

32. Das kanadische Zuwanderungsmodell lehnen wir ab. Es ist ein Ausbeutungsmodell. Statt Entwicklungshilfe nimmt es den Entwicklungsländern die qualifizierten Kräfte weg. Wie sollen sich diese Länder entwickeln, wenn ihnen die besten Leute weggekauft werden?
33. Die Armutszuwanderung aus Osteuropa muss völlig unterbunden, das Asylrecht geändert (institutionelle Asylzusage / Gnadenrecht statt Rechtsanspruch mit Verfassungsrang) und die europäischen Gesetze müssen im Hinblick darauf sowie im Hinblick auf die innereuropäische Freizügigkeit grundsätzlich revidiert werden (Einschränkung der Schengen-Kriterien).
34. Angesichts der Eskalation der Flüchtlingswelle orientieren wir uns am australischen Zuwanderungsmodell: Wir brauchen Aufnahmelager in Nordafrika und Vorderasien und ein UNO-Mandat, um mit Marineschiffen die Abfahrt der Flüchtlinge schon an der nordafrikanischen Küste verhindern zu können. Dies dient nicht zuletzt auch dem Schutz der Flüchtlinge.
35. Illegale Immigration betrachten wir als Straftatbestand und entsprechende Abschiebungen als Maßnahmen des Rechtsstaats zur Wahrung der inneren Sicherheit und des sozialen Friedens - und nicht, wie es rotgrüne Propaganda darstellt, als Ausdruck von Unmenschlichkeit oder gar Fremdenhass.
36. Wir fordern rasche und systematische Rückführung abgelehnter Asylbewerber in ihre Herkunftsländer, wobei wir Entwicklungshilfe-Maßnahmen an die Herkunftsstaaten nicht zuletzt von deren diesbezüglichen Kooperationsbereitschaft abhängig machen.
37. Migranten, die im Bereich der Schwerekriminalität oder gar des internationalen Terrorismus auffällig geworden sind, müssen bedingungslos abgeschoben werden, gegebenenfalls auch in die Staatenlosigkeit.
38. In diesem Sinn investieren wir die hauptsächlichen Ressourcen unserer humanitären Hilfsmaßnahmen nicht in die Asylanten- und Flüchtlingsaufnahme, sondern in die Entwicklungshilfe. Bedenken wir: Die Kosten, die ein einzelner Flüchtling in Deutschland verursacht, reichen im Sudan aus, ein ganzes Kinderheim zu betreiben!
39. Das größte Problem der Zuwanderungspolitik ist die rot-grüne Ideologie: Bauchethik anhand von Einzelschicksalen, Appell an das kollektive Helfer-Syndrom der Deutschen, ja sogar (pseudo)christlich verpackte Anfeindungen! „Wir sind die Guten, wir helfen den Menschen. Ihr seid die Bösen, die Gruppen-bezogenen Menschenfeinde“ - eine scheinheilige, ja diabolische Taktik! Selbstaufopferung als Menschenpflicht? Europa und gerade Deutschland werden nur als Festung überleben oder überhaupt nicht!

#### *Islam und Islamisierung*

40. Der Islam gehört nicht zu Deutschland. In über 1000 Jahren hat Europa seine spezifische Identität nur in expliziter und immer wieder auch kriegerischer

Abgrenzung von ihm entwickeln können und müssen. Abendland und Morgenland sind und waren von Anfang an fundamental gegensätzliche Geschichtsprojekte.

41. Auch heute kündigen der türkische Präsident Erdogan und andere islamische Fundamentalisten an, Europa „türkisieren“ und „islamischer“ machen zu wollen. „Für uns seid Ihr nicht Gastarbeiter, sondern unsere Stärke im Ausland“ – so Erdogan 2015 vor 14.000 Türken in Deutschland (Karlsruhe)!
42. Beim Thema *Islam* geht es um *kulturelle Identität* und um den *inneren Frieden unserer Gesellschaft*. Rot-grüne Ideologen leugnen den Kulturfaktor in der Politik weitgehend, einige von ihnen sprechen sogar von „Kulturassismus“ und demonstrieren damit ihr kulturloses Barbarentum. Wir dagegen sehen in der Kultur das entscheidende Merkmal unserer deutsch-europäischen Identität.
43. Die heutige europäische Kultur gründet auf der immer wieder neu zu verwirklichenden Synthese aus traditioneller christlicher Religion („Abendland“) und säkularem Menschenrechtsglauben („Aufklärung“).
44. In Europa haben in den letzten Jahrzehnten der muslimische Bevölkerungsanteil wie auch der gesellschaftliche Einfluss des Islam insgesamt erheblich zugenommen. Diese Islamisierung ist nicht dadurch entstanden, dass christliche oder agnostische Europäer zum Islam konvertiert wären. Vielmehr waren und sind es *Nichteuropäer*, die *durch Zuwanderung* den Islam als Kulturimport nach Europa bringen und damit die europäische Kultur einem Verdrängungsprozess aussetzen.
45. Es geht hier nicht um Religionsfreiheit, um das Recht des Einzelnen, sich für einen bestimmten Glauben zu entscheiden, sondern um einen politischen Prozess, in dem ein Kulturkreis mit den Mitteln der Infiltration und Verdrängung einen anderen Kulturkreis zu dominieren versucht. Es geht um *Kulturimperialismus*, es geht um einen *Kampf der Kulturen*!
46. Läuft doch besagte Islamisierung mitnichten nur spontan und zufällig ab, sondern durchaus auch gerichtet und gelenkt: *politisch* vom Religionsministerium in Ankara, vor allem über den Moscheen-Verband DITIB (ca. 800 Moscheen in Deutschland), *finanziell* von Saudis und Emiraten und *ideologisch* nicht zuletzt durch die theologische Al Azhar-Fakultät in Kairo, deren Verlautbarungen für Sunniten von ähnlicher Bedeutung sind wie die des Vatikan für Katholiken. Alle diese Staaten pflegen auch mehr oder weniger verdeckte Beziehungen zur Terrormiliz des *Islamischen Staats*.
47. In diesem Sinn verkündet der türkische Ministerpräsident Davutoglu (2015 vor 3000 Landsleuten im Berliner Tempodrom), die Türkei würde bis zum Jahr 2023 eine Weltmacht wie einst das osmanische Reich sein. Er ruft seinen Staat als Schutzmacht der europäischen Muslime aus: „Ihr seid nicht allein, die Türkei ist da, euch zu beschützen“ und droht damit unverhohlen den souveränen europäischen Staaten, was besonders problematisch ist, weil mutmaßlich die Mehrheit der in Deutschland lebenden Türken hinter Erdogan steht, sich mit dessen Politik identifiziert und dadurch eine Massenbasis für politischen Islamismus in Deutschland darstellt.

48. Dass Saudis und Emirate den Bau europäischer Großmoscheen sponsern, ist weitgehend bekannt, weniger dagegen, dass schon vor einigen Jahren die Theologen der Al Azhar-Fakultät verkündet haben, die friedlich-zivile Einwanderung von Muslimen nach Europa sei ein Teil des Dschihad und alle Muslime, die, woran auch immer, in Europa sterben, seien als „Märtyrer“ anzusehen und hätten dadurch nach ihrem Tod sofortigen Zugang zum Paradies – ein maximaler religiöser Anreiz für Muslime, nach Europa zu immigrieren!
49. Der türkische Präsident Erdogan betrachtet Assimilation als ein „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“. Er will, dass die Türken in Deutschland Türken bleiben und nicht Deutsche werden: „Die Türken in der Bundesrepublik sind die Stimme unserer Nation im Ausland“. Für uns freilich sieht es so aus: Diejenigen, die nicht bereit sind, sich zu assimilieren, stellen eine dauerhafte Grundlage für muslimische Parallelgesellschaften dar, wie sie schon heute in den europäischen Großstädten als sichtbarster Ausdruck der Islamisierung existieren. Sie sind ein Staat im Staate und gefährden die Demokratie sowie den religiösen und sozialen Frieden in unserer Gesellschaft. Das wollen wir nicht! Wir erwarten von den hier lebenden Muslimen vielmehr, dass sie die tradierte europäische Kultur mit ihren Sitten und Gebräuchen als Leitkultur anerkennen und sich kulturell assimilieren.
50. Die kulturelle Assimilation ist eine Bringschuld! Ein bloßes Bekenntnis zum Grundgesetz mit einer Absage an die Scharia oder gar nur eine Distanzierung vom islamistischen Terrorismus sind in diesem Sinn keine Integrationsleistung, sondern eine Selbstverständlichkeit. Wer sich aber fürs Kopftuch-Tragen und den Bau von Großmoscheen stark macht, setzt nicht auf Integration, sondern auf kulturellen Konflikt und sollte dann auch keine Willkommenskultur erwarten.
51. Wie die Rot-Grünen, arbeitet auch die Islam-Lobby in Deutschland intensiv mit dem Kampfbegriff „Diskriminierung“, mit dem die Europäer als "Täter" und die Muslime als "Opfer" präsentiert werden. Angesichts der Tatsache, dass es weltweit kein muslimisches Land gibt, in dem Andersgläubige, insbesondere Christen, auch nur annähernd so viele Freiheiten und Rechte haben, wie die Muslime in Deutschland, wirkt die hier zur Schau gestellte Larmoyanz ausgesprochen provokativ. Man verkauft auch hier „Religionsfreiheit" als etwas, das jedwedes Handeln legitimieren soll, sofern dieses nur religiös motiviert ist. Demnach wäre es bei uns dann auch legitim, Dieben die Hände abzuhacken und Ehebecherinnen zu steinigen! Religionsfreiheit kann politisch nur bedeuten, dass man fremde Religionen und Weltanschauungen zulässt, d.h. toleriert und nicht verfolgt - aber nicht, dass man deren uneingeschränkte kulturelle und gesellschaftliche Entfaltung garantiert.
52. Wir sind nicht gegen den Islam, wir sind gegen eine Islamisierung Europas, was mitnichten das Gleiche ist! Wir wollen keine Kathedralen in Ankara bauen und auch keine Gipfelkreuze auf türkische Berge setzen. Wir anerkennen den Islam als Leitkultur prägend im Orient und auch anderen Regionen dieser Welt. Wir wehren uns aber entschieden gegen eine Entwicklung, wie sie der französische Autor Houellebecq in seinem Roman „Unterwerfung" schildert: An deren Ende dominieren islamische Protagonisten die europäische Politik und Kultur! Das ist nicht so fern und nicht so unmöglich, wie manch einer das glaubt. Denn schon heute werden große Demonstrationen aufgrund islamistischer Drohungen abgesagt und die deutsche

Regierung hat Angst, die Massenverbrechen an den Armeniern als "Völkermord" zu bezeichnen, weil sie „Reaktionen der türkischen Regierung und der in Deutschland lebenden Türken" befürchtet!

53. Wir sollten entschlossen die Zuwanderungsislamisierung in Europa einschränken und dabei vor allem Saudi Arabien und die Emirate in die Pflicht nehmen: große Länder mit wenig Bevölkerung, viel Geld und islamisch geprägt bis ins Mark, somit eine ideale Voraussetzung für die Aufnahme von Millionen muslimischer Flüchtlinge! Wir sind auch gerne bereit, den Transport dieser Flüchtlinge in die entsprechenden Staaten mit der Bundesmarine zu unterstützen.
54. Unsere Politik ist nicht "islamfeindlich", sondern realistisch begründet. Auch wir setzen auf eine friedliche Kooperation und Koexistenz von Kulturen. Wir verkennen aber nicht das gewaltige Konfliktpotenzial, das gerade auch in der innenpolitischen Variante des Kampfs der Kulturen steckt. Deshalb ist es eine vorrangige Aufgabe der AfD, eine Strategie gegen das Vordringen des politischen Islamismus zu entwickeln und diesen als große innen- und außenpolitische Herausforderung und Gefahr zu betrachten. Wer aber Vogel-Strauß- oder Appeasement-Politik oder gar Islam-Lobbyismus betreibt, macht sich schuldig an Europa, seiner Bevölkerung, seiner Kultur, seiner Idee!

#### *Laizismus und Leitkultur*

55. Der Laizismus will den öffentlichen Raum von religiösen Praktiken und Symbolen freihalten. Er beansprucht eine den übrigen Religionen gegenüber übergeordnete Weltanschauung darzustellen und alleine das republikanisch-demokratische Postulat zu gewährleisten, demgemäß alle Religionen rechtlich gleich behandelt werden müssen. Dem ist aber nicht so!
56. Jede Gesellschaft hat irgendeine Religion als geistige Basis und macht sie zur rechtlichen Grundlage ihrer staatlichen Existenz. Genau genommen kann deshalb ein Gebot staatlich-rechtlicher Gleichstellung aller Religionen überhaupt nicht verwirklicht werden. Denn aus politischer Sicht kommt es bei der Definition von „Religion“ nicht darauf an, ob deren Inhalt transzendent ausgerichtet ist oder säkular, sondern auf den Absolutheitsanspruch, mit dem sie sich als letzte Denk- und Moralinstanz über anderen Religionen stehend postuliert und diesen Anspruch staatlich und gesellschaftlich mehr oder weniger inquisitorisch umzusetzen gewillt ist.
57. In diesem Sinn ist der der Laizismus eine inquisitorische Säkularreligion. Durch staatliche Umsetzung seiner Prinzipien besteht mitnichten eine rechtliche Gleichbehandlung aller Religionen, denn nur der Laizismus verwirklicht hier sein Religionsideal einer Religionslosigkeit des öffentlichen Raums, während alle anderen Religionen auf öffentliche Manifestation ihrer Kultur dabei verzichten müssen. Wenn zum Beispiel in einer Schulklasse von 30 Schülern 29 ein Kreuzifix im Klassenzimmer haben wollen und einer dagegen ist, muss dieses nach bestehender deutscher Rechtslage abgenommen werden. Das hat freilich nichts mehr mit Demokratie, religiöser Neutralität oder gar Religionsfreiheit zu tun. Vielmehr ist es ein Diktat des Laizismus als säkularer Religion gegenüber den anderen Religionen.

58. Selbiges gilt auch für die Abschaffung des Religionsunterrichts als Wahlpflichtfach inklusive der Einführung eines sog. Ethik-Unterrichts als Pflichtfach. Denn entweder propagiert man einen völligen moralischen Relativismus und entzieht damit jeglicher staatlichen Ordnung die geistige Grundlage und moralische Legitimität. Oder man führt durch die Hintertür ein anderes Absolutheitssystem als Religionsersatz ein, zum Beispiel das Kant'sche Sittengesetz, einen humanistischen Menschenrechtsglauben, eine deutschnationale Gläubigkeit oder irgendetwas anderes, beansprucht dafür religionsmäßige Letztgültigkeit und glaubt, diese auch von allen anderen Staatsbürgern einfordern zu können. Mit dem Argument, hier handle es sich nicht um „Religionen“, sondern um übergeordnete moralische Prinzipien, beginnt der große Etikettenschwindel und das politische Pharisäertum.
59. Der Laizismus als Staatsprinzip ist nicht europäisch. Er ist zwar in Frankreich aufgekommen und spielt dort heute noch eine Rolle. Die jetzt in Europa sich ausbreitende Form des Laizismus ist aber ein US-Import. Schon bei der Gründung der USA konnte sich der Laizismus dort als entscheidendes politisch-konstitutives Prinzip durchsetzen: „Die Vereinigten Staaten von Amerika gründen in keiner Weise auf der christlichen Religion“ – so George Washington. Charakteristisch für Europa aber ist *der dialektische Gegensatz* von Religion und Säkularität, der sich im Mittelalter als Kaiser-Papst-Dualismus und heute als Spannungsfeld zwischen christlich abendländischer Geschichte resp. Tradition und säkularem Aufklärungsglauben manifestiert. In diesem Sinn charakterisiert ein interner Kulturkampf die europäische Situation, und die Austarierung des Gegensatzes zwischen säkularem Modernismus und religiöser Tradition stellt den Kern europäischer Politik im Hinblick auf Religion und Gesellschaft dar.
60. Diese Austarierung des innereuropäischen Kulturkampfes wird durch zwei Faktoren *von außen* wesentlich beeinflusst bzw. gestört: zum einen durch den amerikanischen Laizismus, der über seinen politischen Einfluss nach 1945 in Deutschland auch eine Dominanz des Laizismus gegenüber dem christlich religiösen Einfluss begünstigt hat; zum anderen durch den politischen Islamismus, der bei seiner Infiltrationsstrategie geschickt den Gegensatz zwischen Abendland und Aufklärung für das eigene Vordringen nutzt. Geopolitisch steht Europa so zwischen amerikanischem Laizismus und islamistischem Religionsfundamentalismus. Dabei gilt es, die externen Einflüsse (USA und Orient) politisch abzuwehren. Grundlage unserer Religionspolitik muss sein, den Kampf der Kulturen als wichtigen politischen Faktor inner- und zwischenstaatlicher Religionspolitik aufzuzeigen und auch den Laizismus in diesem Sinn als säkulare Religion (mit säkularer Kultur) zu verstehen.
61. Das Christentum aber muss als wesentliche geistige Grundlage Europas gesehen werden. Europa wurde, wie es Goethe ausdrückte, „von Wallfahrern gegründet, und das Christentum ist seine Muttersprache“, weshalb dieses in Europa nicht wie eine x-beliebige Religion behandelt werden kann, sondern hier *kulturelle* Privilegierung beanspruchen darf und muss! Europäische Politik muss immer wieder versuchen, die Prinzipien *Tradition* und *Demokratie* harmonisch miteinander zu verbinden.
62. In diesem Sinne ist also die öffentliche Präsenz von Kirchen, Kathedralen, Gipfelkreuzen, Kruzifixen in Klassenzimmern usw. als Grundelement europäischer Tradition ein christliches Privileg, das wir als Europäer, unabhängig von unserer

individuellen Gläubigkeit und diese in keiner Weise tangierend, anerkennen. Wir halten es für legitim und notwendig, dass durch das Prinzip religiöser Tradition das genuin säkulare Demokratieprinzip relativiert wird. Dabei müssen wir - hier mehr noch als anderswo - *Demokratie* als Ausdruck des Willens der *Mehrheit* verstehen, und nicht als Diktatur des Willens aggressiver Minderheiten, seien sie nun laizistisch oder muslimisch. Einen unhistorischen, traditionslosen laizistischen Demokratismus und ein diesem zugrunde liegendes wurzelloses Europa, das erst 1789 beginnt, lehnen wir ausdrücklich ab!

63. Konkret bedeutet das Folgendes:

- Ob Kreuze in Klassenzimmern, Gerichtssälen oder an Wegkreuzungen vorhanden sind, wird von zuständigen *politischen* Instanzen entschieden.
- Das laizistische Privileg, dass ein einzelner Schüler in einer Schulklasse allen anderen seine religiöse Sicht aufzwingen kann, muss durch entsprechende verfassungsrechtliche Korrektur entfallen.
- Für politische Entscheidungen, die die Entfernung christlicher Symbole oder Rituale aus dem öffentlichen Leben betreffen, sollte nicht eine einfache, sondern eine Dreiviertel-Mehrheit erforderlich sein – ein Tribut des Demokratieprinzips an das Traditionsprinzip.
- Dasselbe gilt für die Beibehaltung des christlichen Religionsunterrichts als *Wahlpflichtfach* (nicht Wahlfach!) und als Alternative zum säkular ausgerichteten Wahlpflichtfach *Ethik*. Anderer religiöser Unterricht, insbesondere der islamische, sollte in unseren Schulen ausschließlich als Wahlfach angeboten werden.
- Verfassungsrechtliche Hindernisse gegen eine Politik, die ein weiteres Vordringen des politischen Islamismus zu verhindern versucht, zum Beispiel dadurch, dass muslimische Zuwanderung gezielt eingeschränkt wird, müssen durch entsprechende legislative Maßnahmen behoben werden.

64. Entscheidend für einen alternativen Paradigmenwechsel in der Religionspolitik ist die bewusste Einführung des Kulturfaktors als politisch legitimem Faktor mit verfassungsrechtlicher Verankerung. Wird aber die derzeitige Religionspolitik weitergeführt, dann wird Europa zwischen amerikanisch geprägtem Laizismus und islamischem Fundamentalismus aufgerieben und sein christlicher Kern paralysiert – das Ende einer großen Idee, das Ende Europas!

*Ideologischer Terrorismus: der sog. „Kampf gegen Rechts“*

65. Der sog. *Kampf gegen Rechts* gründet auf rot-grünem Linksextremismus und sollte als „ideologischer Terrorismus“ bezeichnet werden. Demagogisch werden propagandistische Kampfbegriffe wie *Rassismus, Diskriminierung, Islamophobie* und andere verwendet, die den politischen Gegner desavouieren, die Mehrheitsbevölkerung einschüchtern und einem aggressiven Minderheitenlobbyismus den Weg bereiten.

66. Es wäre tödlich für die AfD, diese Begriffe zu übernehmen und sich innerhalb dieses linksideologischen Konstrukts zu verteidigen: „Wir sind nicht rassistisch ... wir sind nicht islamophob usw.“ Die AfD muss in dieser propagandistischen Auseinandersetzung mit den Rot-Grünen offensiv die Definitionshoheit zurückgewinnen, den Spieß umdrehen und deutlich machen, dass der sog. Kampf gegen Rechts ein Kampf radikalierter rot-grün gelenkter Minderheiten gegen die Mehrheitsbevölkerung ist und „rechts“ dabei eine Chiffre für alle, die nicht bereit sind, sich dem linken Meinungsdictat zu unterwerfen. Mit ihren Attacken gegen die "reaktionäre Mitte" und den "Extremismus der Mitte" entlarven sich die rot-grünen Ideologen selbst als Antidemokraten und Feinde der gesellschaftlichen Mitte.
67. Wenn man vom konventionellen Politikspektrum ausgeht, erscheint der Linksextremismus als totalitärer Modernismus, der Rechtsextremismus als totalitärer Traditionalismus. Die größere und aktuellere Gefahr in Deutschland ist der Linksextremismus (Rot-Rot-Grün!). Es gibt aber auch eine Gefahr von rechts, nur geht die nicht primär von der NPD aus, sondern vom politischen Islamismus, der mit seinen extrem reaktionären gesellschaftlichen Vorstellungen eine tatsächliche Gefahr von rechts ist. Umso schwerer ist nachvollziehbar, dass ausgerechnet die Linken die Islamisierungsgefahr derart bagatellisieren und schönreden.
68. PEGIDA und ähnliche Bewegungen entstehen spontan aus der Bevölkerung heraus. Sie stellen einen Bürgerprotest gegen die Berliner Allparteien-Koalition dar, nicht zuletzt im Hinblick auf Zuwanderung, Islam und das USA-Russland Problem. Solche Bewegungen müssen von der AfD aufgegriffen und dürfen nicht der Führung anderer Organisationen überlassen werden. PEGIDA braucht die AfD als politischen Theorie- und Strategiebildner, als Verbindung zum Parlament und auch zur Verknüpfung mit der bürgerlichen Mitte und dem Mittelstand. Die AfD braucht PEGIDA als wichtiges Instrument zur Umsetzung ihrer Politik in breiten Schichten der Bevölkerung.
69. Wir grenzen uns eindeutig von extremistischen Parteien ab, zählen dazu aber nicht nur die NPD, sondern auch die Grünen und die PDS-Linke. Der extremistische Charakter letzterer wird besonders deutlich durch zahlreiche inoffizielle Verbindungen zwischen der parlamentarischen Linken und den kriminellen linksautonomen Straßenkämpfern (sog. „Antifa“). Es wäre an der Zeit, diese schwarz verummten Gestalten als kriminelle Vereinigung zu verbieten, die nicht nur vereinzelt, sondern systematisch die Meinungsfreiheit und das Demonstrationsrecht von Millionen Bürgern behindern und einschränken und dabei regelmäßig (!) vor schwersten Gewaltausschreitungen nicht zurückschrecken: bewaffnete Attacken gegen Polizisten, brennende Polizeiautos, Überfälle auf Polizeistationen usw.
70. Bei Gruppierungen der sog. Neuen Rechten (z. B. UKIP, FPÖ, Front National etc.) sollten wir sehr genau differenzieren, eine Kooperation *im Einzelfall* aber nicht ausschließen.
71. Im Übrigen diskriminiert der Begriff „Rechtspopulismus“ rechte Politik von vornherein. Sorgen wir dafür, dass er durch wertneutrale, nicht diskriminierende Begriffe wie "rechts-demokratisch" oder „Mitte-rechts" ersetzt wird! Parteien, die das nicht akzeptieren, sollte man – propagandistisch gegenoffensiv - als „Blockparteien“ bezeichnen.

## Ergänzende Erläuterungen zu den Programm-Thesen

Kleckern oder Klotzen - die Gretchenfrage der AfD! Reichen *Detailänderungen* im Rahmen der derzeit betriebenen Berliner Politik aus oder brauchen wir eine *politische Wende*? Lucke möchte bei der Diskussion bestimmter Themen Denkverbote durchsetzen, z. B. bei der „Systemfrage“, bei der Option eines NATO- oder EU-Austritts usw. Damit höhlt er den Begriff „alternativ“ aus. Meine Position: In einer politisch ernsten Situation wie heute müssen wir alle Möglichkeiten denken! Was wir davon umsetzen wollen, ist eine andere Frage. Eine authentisch alternative Politik aber verdient nur diesen Namen, wenn sie jetzt einen *Paradigmenwechsel* anstrebt. Ich will noch einmal dessen wichtigste Kernthemen zuspitzen, um die Unterschiede zur Politik der konventionellen Parteien zu verdeutlichen.

### *Außenpolitik*

Außenpolitisch geht es darum, die Westbindung, wie sie im Kalten Krieg entstanden ist und sinnvoll war, nicht aufzulösen, wohl aber zu lockern und zu relativieren. Die Aufteilung der NATO in zwei selbständige Blöcke, einen amerikanischen und einen europäischen, und dann gegebenenfalls die Ablösung des einen vom anderen, ist keine Tagesforderung, sondern allenfalls langfristig unter bestimmten Bedingungen eine strategische *Option*. Heute gilt es erst einmal, die Mitgliedschaft im NATO-Bündnis nicht mehr exklusiv zu handhaben, sondern sich Kooperationen auch mit anderen Staaten, z. B. den BRICS-Staaten, vorzubehalten. Es ist nicht mehr die Zeit für Sätze wie „Die Westbindung ist und bleibt die Grundlage deutscher Außenpolitik“. Die geopolitische Situation hat sich 1989 sehr grundsätzlich geändert: im Hinblick auf den moralischen Verfall der einzig verbliebenen Supermacht und noch mehr im Hinblick auf die objektive Situation überhaupt. Denn durch das Wegbrechen eines gleichwertigen Gegners konnte die US-Außenpolitik jetzt wesentlich offensiver und aggressiver werden und ist es tatsächlich auch geworden. Die Containment-Politik des Kalten Kriegs, die noch eine starke *defensive* Komponente enthielt, gilt nicht mehr. Stattdessen kultivieren die USA eine interventionistische Strategie, die das zivilisatorische Modell der Vereinigten Staaten mit indirekter („Farbrevolutionen“, innenpolitisch inszenierte Putschs à la Maidan) und auch direkter Gewalt (Afghanistan, Irak, Libyen usw.) der restlichen Welt überzustülpen versucht. Wer hier an den Denkschemata des Kalten Kriegs festhält, womöglich mit all seinen moralisierenden Konnotationen (USA = gut, Russland = böse), hat die Zeichen der Zeit nicht verstanden. Er untergräbt die deutsche Souveränität, indem er, wie Frau Merkel, die deutschen Interessen weiterhin alternativlos den amerikanischen unterordnet, und betreibt, gerade auch in Europa, nicht Friedens-, sondern Kriegspolitik. Außenpolitisch spitzt sich das Problem also auf die Frage zu: *US-Vasall oder Frieden in Europa?*

### *Europapolitik*

Auch europapolitisch muss die Frage der Souveränität in den Vordergrund gestellt werden. Dies ist nur durch ein *intergouvernementales Modell* (= „Europa der Vaterländer“) realisierbar, weshalb wir diesen Begriff immer wieder in die Diskussion einbringen müssen! Das von der EU-Kommission und anderen angestrebte supranationalistische Modell eines europäischen Zentralstaats stellt einen grundsätzlichen Angriff auf die nationale Souveränität der Einzelstaaten dar. Es ist zudem auch ausgesprochen uneuropäisch, denn schon an der Wiege Europas, im antiken Griechenland, waren es *selbständige* Kleinstaaten, die gerade im heroischen Widerstand gegen eine große *Zentralmacht*, das damalige

Perserreich, ihre Eigenart, ihre Identität bewahren konnten und so eine weitere Entwicklung Europas überhaupt erst ermöglichten.

Durch das auch in der AfD übliche Aufbauschen des Subsidiaritätsproblems vertuscht man das eigentliche Problem, das der *Entsouveränisierung*, und lenkt von der Frage ab, wie wir diesen EU-Einheitsstaat verhindern können: durch mehr deutsche EU-Kommissare oder durch Drohung mit einem deutschem EU-Austritt? Wenn sich der supranationalistische, nicht zuletzt gegen Deutschland gerichtete Kurs der EU-Kommission durchsetzt - schauen wir dann wehklagend zu, wie die Reste des deutschen Staates in der EU-Masse verramscht werden? Oder treten wir rechtzeitig nach Art. 50 der EU-Verträge aus der EU aus und gründen eine neue? Das ist die Kernfrage einer alternativen Europapolitik!

### *Zuwanderungspolitik*

Im Kern dieses Problems steht hier die offensive Auseinandersetzung mit der rot-grünen Ideologie. Ihr gemäß sollen die europäischen Nationalstaaten mit ihrer historisch gewachsenen Bevölkerungsstruktur gezielt und im Zeitraffer in multikulturelle Siedlungsgebiete umgewandelt werden. Machen wir den Menschen klar: Nicht wir müssen uns rechtfertigen, wenn wir unsere deutsch-europäische Identität bewahren und dafür sorgen wollen, dass die Herkunftsdeutschen auch langfristig die Bevölkerungsmehrheit in Deutschland bleiben, sondern die etablierten Parteien, die mit ihrer Politik das zerstören, was von den allermeisten hier lebenden Menschen unter „Europa“ verstanden wird.

Die Zeit ist weit fortgeschritten. Wir stehen mit dem Rücken zur Wand. Schon in wenigen Jahren kann der deutsch-europäische Charakter Deutschlands kippen. Um dem zu entgehen, bedarf es einschneidender Maßnahmen: ein australisches Zuwanderungsmodell inklusive konsequenter Änderung von Gesetzen, die ein solches verhindern. Sollte sich die EU dabei als entscheidendes Hindernis erweisen, wäre dies Grund genug, aus ihr auszutreten.

Zum rot-grünen *Ideologieaspekt* kommt in der Zuwanderungsfrage noch ein *machtpolitischer* hinzu: Totale ethnokulturelle Heterogenisierung von Gesellschaften spaltet diese tief und baut erhebliche Konfliktpotenziale auf. Dies ist von diversen, gerade in den USA beheimateten politischen Machtstrategen durchaus gewollt: „Spalte und herrsche!“ *Geeinter* Widerstand der Gesellschaft soll im Ansatz dadurch verhindert werden, dass sich die verschiedenen Communities der multikulturellen Gesellschaft gegenseitig die Köpfe einschlagen, während diese Leute relativ unbehelligt Staat, Wirtschaft und Finanzen dominieren.

### *Islamisierung*

Beim Thema *Islamisierung* geht es nicht um vermeintliche Diskriminierung von Muslimen in Europa und auch nicht um Religionsfreiheit, sondern um politischen Islamismus und Kulturimperialismus: Vor allem Ankara und Riad fördern die systematische Unterwanderung Europas und glauben, so eine Machtübernahme des Islam in nicht allzu ferner Zukunft vorbereiten zu können. „Für uns seid ihr nicht Gastarbeiter, sondern die Stärke unserer Nation im Ausland“, ruft Erdogan 14.000 Türken 2015 in Deutschland (!) zu. Mutmaßlich kann die Mehrheit der hier lebenden Türken als Anhänger Erdogans und von der DITIB beeinflusst angesehen werden. Wir stellen also fest:

- Es gibt eine politische Intention (zahlreiche Zitate von Erdogan, Davutoglu und anderen);
- es gibt ein großes ansprechbares Bevölkerungspotenzial in Deutschland (ständig wachsender muslimischer Anteil);
- es gibt eine ausgebaute Organisationsstruktur: vom Religionsministerium in Ankara bis zur DITIB mit ihren 800 Moschee-Gemeinden in Deutschland und
- es gibt viel, viel Geld für die ganze Bewegung (Saudi Arabien, Emirate).

Der politische Islamismus hat sich eine große Macht in Deutschland aufgebaut, und die deutsche Politik begrüßt diesen gewaltigen Staat im Staate auch noch als positiven Beitrag zur Integration. Es geht nun vor allem darum, in der deutschen Bevölkerung das Bewusstsein für diese politische Gefahr zu schaffen. Dabei sollten wir an dem Unterschied zwischen *Islam* und *Islamismus* festhalten. Wenn auch in der Theorie die Übergänge fließend sind: In der Praxis kommt es darauf an, ob jemand seine Religion privat ausübt und sich ansonsten politisch *und* kulturell in die deutsche Gesellschaft einfügt. Oder ob er sich für Erdogans Politik instrumentalisieren lässt (an entsprechenden Kundgebungen und Demonstrationen teilnimmt) oder selbst Funktionär im Machtapparat der türkischen Regierung (DITIB) ist.

#### *Antitotalitarismus oder Kampf gegen Rechts?*

Der sog. Kampf gegen Rechts ist eine Taktik des Linksextremismus. Dieser will damit die Gesellschaft in zwei Lager spalten. Die Mitte der Gesellschaft soll wegfallen (Attacken gegen die "reaktionäre Mitte") und sozusagen durch eine Barrikade ersetzt werden: auf der einen Seite die Guten, die Linken; auf der anderen die Bösen, die Rechten! Man gibt dabei vor, gegen „Rassismus“ und „Diskriminierung“ zu kämpfen. Tatsächlich aber betreibt man aggressiven Minderheitenlobbyismus und ideologische Einschüchterung der Bevölkerung. Die sog. Zivilgesellschaft wird so immer mehr zu einer Diktatur der Minderheiten über die Mehrheitsgesellschaft (siehe dazu mein Buch: *Der grüne Kommunismus und die Diktatur der Minderheiten*, Frankfurt 2012).

Das rot-grüne Argumentationsmuster ist – als Beispiel noch einmal die Zuwanderung – vordergründig moralisierend: „Wir nehmen Flüchtlinge auf, wir sind Menschenfreunde, wir sind gut. - Ihr weist die Flüchtlinge ab, ihr seid Menschenfeinde, ihr seid böse.“ Tatsächlich ist rot-grüne Zuwanderungspolitik aber nicht gut, sondern verantwortungslos gegenüber der eigenen Bevölkerung. Sie destabilisiert die inneren Verhältnisse und fördert soziale Unruhen bis hin zum Bürgerkrieg (siehe französische Banlieue); verantwortungslos aber auch gegenüber unzähligen Hilfsbedürftigen in aller Welt. Denn den Ausgewählten, die in Deutschland Aufnahme finden, wird maximale Hilfe zuteil, die aber in ihren Heimatländern bleiben, gehen leer aus: Effizientere, weil wesentlich mehr Menschen erfassende Maßnahmen in den Entwicklungsländern finden nicht mehr statt, weil das Geld schon ausgegeben ist. Deshalb ist die Ethik der Rot-Grünen und ihres Anhangs eine Bauch- und Gefühlsethik, keine Verantwortungsethik: Sie berücksichtigt nicht die weiter reichenden und langfristigen Folgen des eigenen Handelns (siehe dazu Max Weber u.a.).

Für uns hat das folgende Konsequenzen:

1. Wir dürfen nicht die Kampfbegriffe der rot-grünen Ideologie übernehmen. Vielmehr müssen wir diese als demagogischen Minderheitenlobbyismus brandmarken. Mit der Übernahme der rot-grünen Begriffe gerät man automatisch in die Defensive und kann nur noch verlieren.
2. Im Kampf der Worte geht es um die Eroberung der Definitionshoheit. Dabei stellen wir dem *Kampf gegen Rechts*-Konzept das Antitotalitarismus-Konzept entgegen, wie es jahrzehntelang in der alten Bundesrepublik anerkannt war: die Mitte als Maßstab, die Extreme als Herausforderung und Gefahr.
3. Die größere Gefahr heute ist nicht ein neues Drittes Reich, sondern eine neue Groß-DDR, das heißt, die größere politische Gefahr kommt von Links und nicht von Rechts!
4. Letztendlich stellen die Rot-Grünen genau die Gefahr dar, vor der sie so eindringlich warnen.
5. Sofern eine rechte Gefahr besteht, geht diese vor allem vom politischen Islamismus aus (reaktionärer Traditionalismus).

## Nachbemerkungen

- Es fehlt noch eine Präambel, die den historischen Kontext darlegt, in dem wir uns heute bewegen, und Stellung bezieht zu Prinzipien und allgemeinen Werten der Politik.
- Dass die Themen *USA / Europa* und *Zuwanderung / Islam* so breiten Raum einnehmen, hat nicht mit subjektiven Präferenzen zu tun, sondern mit der objektiven politischen Situation: An diesen Fragen wird sich das Schicksal Deutschlands und Europas entscheiden. Wenn wir uns hier nicht durchsetzen, brauchen wir uns um die anderen Themen nicht mehr zu kümmern, weil wir dann selbst nichts mehr gestalten können.
- Das Thema *Laizismus* habe ich ausführlich behandelt, weil es bald in der AfD eine Rolle spielen wird. Ein Teil der Laizismus-Thesen muss später in die Präambel verlagert werden.
- Für die Themenbereiche *Gesundheit, Bildung, Energie* stehen noch Thesen aus.
- Auch zahlreiche *Einzelergänzungen* sind noch erforderlich: z.B. Wiedereinführung der Wehrpflicht, Cyberkriegsführung, Atomwaffen in der Eifel; US-Truppen in Deutschland usw.

Bei der Weiterentwicklung dieser Thesen zu einem Programm können alle interessierten Mitglieder und Freunde mitmachen und Vorschläge einbringen: [w.gedeon@t-online.de](mailto:w.gedeon@t-online.de). Die Ergebnisse werden auf meiner Webseite angezeigt: [www.wgmeister.de](http://www.wgmeister.de). Aufgenommene Vorschläge erscheinen mit Hinweisen auf den jeweiligen Autor.

Bei Interesse sind regionale und überregionale Diskussionstreffen und Seminare möglich.

Wolfgang Gedeon, Juni 2015